



Otfried Höffe

Der gierige Staat

Bausteine für eine gerechte Wirtschaft

VERLAG KARL ALBER



Otfried Höffe

Der gierige Staat

Bausteine für eine gerechte Wirtschaft

VERLAG KARL ALBER



© Coverbild: KI-generiert

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-495-98868-8 (Print)

ISBN 978-3-495-98869-5 (ePDF)



Onlineversion
InLibra

1. Auflage 2026

© Verlag Karl Alber – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier (säurefrei). Printed on acid-free paper.

Besuchen Sie uns im Internet
verlag-alber.de

*Für praktische Vernunft:
für Evelyn*

Inhaltsverzeichnis

Einführung 9

I. Markt-Rationalität 17

1. Ist die ökonomische Rationalität vernünftig? 19 • 2. Zur Erinnerung: Wider die Verkürzung des Menschen auf Marktfähigkeit 37 • 3. Gerechtigkeit in Zeiten globaler Finanzwirtschaft 45 • 4. „Das Leben ist ungerecht“ 67 • 5. Knappheit – eine Gefahr für Gerechtigkeit? 81 • 6. Amartya Sen: Die Welt teilen 91 • 7. Nur ein fairer Kampf bringt Anerkennung 95

II. Unternehmer – mit Verantwortung 103

8. Soziale Verantwortung zahlt sich aus 105 • 9. Mit Werten führen 117 • 10. Verdienen Manager, was sie verdienen? 127 • 11. Braucht die Demokratie eine Reichensteuer und eine Erbschaftsteuer? 135 • 12. Der Bürgerlohn auf dem Prüfstand 145 • 13. Bildung und Ausbildung: Gerechtigkeit für die Jugend 153 • 14. China sind die Studenten mehr wert 165

III. Das liebe Geld 173

15. Ein Zeichen von Freiheit und Fleiß 175 • 16. Geld macht nicht glücklich 181 • 17. Der bestialische Ursprung des Geldes 185 • 18. Ein Irrtum über die Inflation 191 • 19. Wo bleibt die Steuermoral des Staates? 197 • 20. „Der Staat ist die gierigste Instanz der Weltgeschichte“: Ein Gespräch 205

Weiterführende Literatur 213

Namensregister 215

Sachregister 217

Einführung

Die Ethik mit ihrem Grundprinzip der Gerechtigkeit und die Ökonomie gehören nach verbreiteter Ansicht zu getrennten Lebensbereichen, zu zwei einander derart fremden Welten, daß es nicht einmal Bezüge zwischen ihnen geben könne. In der Ökonomie herrsche nämlich der von Eigenwohl und Wettbewerb bestimmte freie Markt, während die Ethik die Menschen, sowohl die einzelnen Personen als auch ihre Organisationen, auf das Gemeinwohl verpflichte und alles Marktgeschehen vorrangig an das Prinzip der Gerechtigkeit etwa mit ihren Grund- und Menschenrechten gebunden sei.

Diese Ansicht stellen die folgenden Überlegungen vielfältig infrage. Damit folgen sie, diese Unbescheidenheit sei einleitend erlaubt, einem Goethe-Wort: „Wer philosophiert, ist mit seiner Zeit nicht einig.“ Die Studien – sie setzen frühere Veröffentlichungen, insbesondere *Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger* (2004) fort – widersprechen mit dem Leitbegriff ihres Untertitels der Ansicht eines reinen Gegensatzes vehement.

Nach einem ersten Widerspruch besteht seit langem gegenüber der Wirtschaft kein Mangel an ethischen beziehungsweise moralischen Prinzipien; vor allem die Gerechtigkeit wird immer wieder eingefordert. Diese Behauptung ist nicht etwa als wirtschaftsfromm zu verstehen. Keineswegs erklärt dieser Essay die uns bekannte Wirtschaftswelt für ethisch integer und rundum gerecht. Sie macht vielmehr auf die Vorwürfe aufmerksam, mit denen die Ökonomie seit ihren Anfängen überhäuft wird und die, sofern sie berechtigt sind, kräftigen Applaus finden. In dieser augenfälligen Zustimmung erweisen sich nun ethische Grundsätze, allen voran die der Gerechtigkeit, nicht bloß als existent, sondern sie besitzen auch Macht, denn gemäß einer berühmten Definition des Soziologen und Uni-

versalhistorikers Max Weber sind sie fähig, „den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen.“¹

Darin steckt ein weiterer Widerspruch zur heutigen Zeit: Über Macht verfügen nicht bloß die üblichen vier Faktoren, also (1) die Autorität der verbindlichen Spielregeln, der Gesetzgeber, (2) ein Element der Wirtschaft, das Geld bzw. das Kapital, ferner (3) das Schwert in Form von Polizei und Militär, nicht zuletzt (4) die Medien. Macht besitzt vielmehr ebenso die Ethik beziehungsweise die Moral, denn sie bestimmt die erste und die letzte Antriebskraft der üblichen Machtfaktoren. Es ist nämlich die Moral, die beispielsweise die zwangsbefugte Instanz, den Gesetzgeber, einerseits, so die erste Antriebskraft, rechtfertigt und sie andererseits, so die letzte Antriebskraft, auf Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit verpflichtet.

Mit diesem zweifachen Widerspruch gibt sich mein Plädoyer für eine Verbindung von Ökonomie und Ethik aber nicht zufrieden. Es setzt sich mit Argumenten fort, die nicht, was die Überzeugungskraft schwächen würde, von außerhalb der Wirtschaft kommen. Sie erfolgen ausdrücklich nicht vom Standpunkt eines Moralisten, der wortreich die Übermacht einer unmoralischen Ökonomie beklagt, weil sie das Gemeinwohl verhindere und eine ungerechte Wirtschaftsordnung befördere. Der Essay schließt sich nicht der hierzulande beliebten moralischen Aufladung öffentlicher Debatten an. Argumentiert wird vielmehr auf die der Philosophie eigentümliche Weise, also mit möglichst klaren Begriffen und wohlüberlegten Gründen. Beide Elemente werden nun, was ebenfalls für die Philosophie charakteristisch ist, dem Inneren der Wirtschaft entnommen. Begriffe und Gründe, die im Gegenstand selbst ihren Ursprung haben, interne Elemente, finden nämlich weit leichter und mit größerem Recht Zustimmung, als es die dem Gegenstand äußerlichen, externen Elemente vermögen.

Allerdings droht die Gefahr, daß die öffentliche Nachfrage nach einer gerechten Wirtschaft größer ist, als die ethisch-philosophische Kapazität, sie zu befriedigen. Wer auch nur elementare Kenntnisse der Geistesgeschichte hat, weiß jedoch, daß ein entscheidendes Argument, nicht notwendig das einzige, für den Zusammenhang von Ökonomie und Ethik schon vor zweieinhalb Jahrhunderten ent-

1 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen ⁵1972, 28.

wickelt worden ist und ohne Frage seine Gültigkeit bis heute nicht verloren hat:

Es verdankt sich einem Autor, der gelegentlich als Chefideologe des Kapitalismus verunglimpft wird, Adam Smith. Dieser schottische Aufklärer hat nicht nur das monumentale Werk zur Wirtschaftstheorie verfaßt: *Eine Untersuchung über die Natur und die Ursachen vom Wohlstand der Nationen* (1776), mit dem er die moderne politische Ökonomie begründet. Er war auch zuvor zehn Jahre in Glasgow ein unter den Studenten beliebter Professor für Moralphilosophie und schrieb in dieser Zeit eine immer noch lesenswerte, weil sachkundig prägnante *Theorie der moralischen Gefühle* (1769). Smith nimmt dort, wie er im Untertitel erläutert, eine „Analyse der Prinzipien“ vor, „mittels welcher die Menschen naturgemäß zunächst das Verhalten und den Charakter ihrer Nächsten und sodann auch ihr eigenes Verhalten und ihren eigenen Charakter beurteilen“. Zu den einschlägigen Prinzipien zählt der Autor unter anderem Sympathie, Gerechtigkeit und Wohltätigkeit, aber auch Ehrgeiz, Neid und Mißgunst.

Für die Wirtschaftsethik ist jedoch ein anderes Werk entscheidend, die Schrift, die dem Autor Weltruhm einbringt, das erwähnte Opus magnum *Der Wohlstand der Nationen*. Wie der Titel, werden wir sehen, andeutet, bleibt Smith hier einem moralischen Gesichtspunkt treu. In wirtschaftstheoretischer Hinsicht lehnt er die beiden damals herrschenden Theorien ab, den Merkantilismus, demzufolge sich der Wohlstand eines Landes dem Geldvorrat und dem Außenhandel verdanke, und die Ansicht der Physiokraten, die die Landwirtschaft für weit wichtiger halten. Nach Smith hingegen sind es zwei Faktoren, die den Nationen den Wohlstand bescheren: die Arbeit aller und die die Ertragskraft der Arbeit steigernde Arbeitsteilung.

Damit diese Faktoren wirksam werden, brauche es allerdings den freien Markt, denn in ihm komme der Grundzug des Menschen, sein Interesse am eigenen Vorteil, am besten zum Zuge. Gleich gegen Anfang, im zweiten Kapitel des ersten Buches, finden sich die wohl berühmtesten zwei Sätze des riesigen Werkes: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, daß sie ihre Eigeninteressen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern

an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil.“²

Es ist also der Vorteil aller Beteiligten, mithin das Gemeinwohl und die darin zutage tretende Gerechtigkeit, der für einen freien Markt der Arbeit und der Arbeitsteilung spricht. Keineswegs kommt es lediglich, nicht einmal vordringlich auf das vielgescholtene Partikularwohl von Unternehmern, der „Kapitalisten“, an, die möglichst hohe Gewinne erzielen wollen. Adam Smiths entscheidendes Gegenargument zugunsten einer gemeinwohlverpflichteten, dabei auch gerechten Wirtschaft sieht nur auf den ersten Blick paradox aus; es lautet: Gemeinwohl durch Eigenwohl. Der vom Selbstinteresse bestimmte freie Markt stachele nämlich alle Beteiligten zu Leistungsfähigkeit und Arbeitswillen, mitsamt der Bereitschaft sich beruflich fortzubilden, an. Weiterhin motiviere der freie Markt zu Kreativität und Wagemut, nicht zuletzt im Rahmen der Arbeitsteilung zur Kooperationsfähigkeit, heutzutage auch zur interkulturellen Sensibilität und Toleranz, nämlich zur Bereitschaft, mit Kollegen unterschiedlicher Herkunft und Mentalität zusammenzuarbeiten.

Außerdem helfe der freie Markt, worauf Smith großen Wert legt, die Kosten zu senken und das Angebot an Gütern und Dienstleistungen an der Nachfrage auszurichten, es also bedarfsgerecht zu erstellen. Nicht zuletzt Sorge er für Dinge, die der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, nämlich weniger den Unternehmern als den Arbeitern und Konsumenten zugutekämen, infolgedessen als gerecht einzuschätzen sind: hohe Löhne und niedrige Preise.

Trotz dieser offensichtlichen Vorteile sehen sich Theorien des freien Marktes seit längerem vielfältiger Kritik ausgesetzt. Berechtigterweise richtet sie sich freilich vornehmlich gegen jene Theorien, die den freien Markt sich selbst und seinen angeblich selbstheilenden Kräften überlassen. Eine derartige pure Markttheorie vertritt Smith nicht. Ihm sind Faktoren nicht fremd, die sich im Begriff des Marktversagens zusammenfinden, weil derentwegen der freie Markt Gefahr läuft, zur Ausbeutung vieler Marktteilnehmer und der Herrschaft weniger zu führen.

2 Adam Smith, *The Wealth of Nations* (1776), auf Deutsch: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, übers. v. Horst Claus Recktenwald, dtv: München 1974, bes. Erstes Buch, hier pointiert im „Schluß des Kapitels“.

Eine, aber nicht notwendig einzige Leitidee der sowohl wirtschafts- als auch ethikinternen Wirtschaftsethik besagt also, daß das ethische Prinzip des Gemeinwohls – und in ihrem Zusammenhang Gerechtigkeit – sich gut, vielleicht sogar besonders gut durch das Eigenwohl erreichen lasse. In dieser Behauptung ist ein weiterer Widerspruch gegen einflußreiche Ansichten enthalten, hier gegen eine vom bekannten Soziologen Niklas Luhmann vertretene Ansicht, in der modernen Gesellschaft, dabei nicht nur in der Wirtschaft, sondern generell habe die Ethik beziehungsweise ihr Gegenstand, die Moral, ihren bislang wie selbstverständlich anerkannten Sinn und Zweck verloren. Die Gesellschaft bestehe nämlich aus selbstständigen Teilgesellschaften wie dem Recht, der Politik, der Wissenschaft, der Kunst und eben auch der Wirtschaft. Jede dieser Teilgesellschaften sei eigenen, spezifischen Normen unterworfen, die Wirtschaft beispielsweise dem Geld, weshalb eine für die Teilgesellschaften unspezifische, eine für die Gesamtgesellschaft zuständige Normativität arbeitslos geworden ist. Unfähig, schon die Teilgesellschaften, noch mehr die Gesamtgesellschaft, erweisen sie sich, die Ethik und die Moral, als schlicht funktionslos.

Dieser Behauptung widerspricht die gesellschaftliche Wirklichkeit, und sie widerspricht in mehr als nur einer Hinsicht. Zum einen gibt es zur funktionalen Differenzierung das gegenläufige Phänomen einer vielfachen Vernetzung. Beispielsweise hängt die Wirtschaft von Vorgaben der Politik ab, die wiederum auf Steuereinnahmen und für diesen Zweck auf eine möglichst florierende Wirtschaft angewiesen ist. Auch Wissenschaft und Kunst, das Bildungs- und das Gesundheitswesen, nicht zuletzt das Rechtswesen und die Sozialstaatlichkeit sind ohne die ökonomiebasierten Steuereinnahmen kaum finanzierbar. Insofern trägt die Wirtschaft deutlich zum Gemeinwohl bei. Daraus folgt aber nicht jener Vorrang der Wirtschaft, den der Philosoph, Soziologe und Ökonom Georg Simmel in seiner immer noch lesenswerten *Philosophie des Geldes* (1900) vertritt. Dort erklärt er nämlich das Geld zu einem „absoluten Mittel“³. Als der Generalschlüssel, mit dem der Mensch all seine Optionen verwirklichen könne, sei es weit mehr als ein bloßes Mittel, habe vielmehr

3 Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, Suhrkamp: Frankfurt 2014, 305. Zur Interpretation der Schrift s. in der Reihe „Klassiker auslegen“ siehe: Gerald Hartung/Tim-Florian Steinbach (Hrsg.), *Georg Simmel: Philosophie des Geldes*, De Gruyter: Berlin 2020.

einen Zweck-, vielleicht sogar einen Endzweckcharakter. Es sei zum zentralen, fast religiösen Ziel des modernen Menschen geworden, sichtbar an den Banken, die den Rang von neuen „Kirchen“ erhalten haben.

Tatsächlich ist das Geld zwar vielseitig verwendbar, eignet sich aber nicht zum allseits einsetzbaren Generalschlüssel. Ein so vertrautes Phänomen wie die Liebe beispielsweise zeichnet sich ihrer inneren Natur nach durch eine wechselseitige Zuneigung aus, bei der die Liebenden sich gegenseitig nicht als Mittel für einen noch so ehrenwerten Zweck behandeln. Wird die Liebe zu einer Partnerschaft institutionalisiert und sogar um Kinder bereichert, so verhält es sich anders: Während reine Liebe ohne Geld auskommt, braucht es dafür, aber auch erst dafür, für eine Partnerschaft und eine Familie, Geld.

Trotzdem kommt es nicht vornehmlich darauf, auf das Geld an, sondern weit mehr auf Faktoren, die weder in monetären Währungen sich bezahlen lassen noch bei einer etwaigen Verletzung durch Geld aufgewogen werden können: auf Vertrauen, Offenheit und Treue. In diesem Sinn geht es überall, wo es im Leben wesentlich wird, nämlich bei Liebe und Freundschaft, bei Ehrlichkeit und Verlässlichkeit, den Reichen nicht besser als den Armen. Schließlich kann man fast buchstäblich von Luft und Liebe, einigen Brotkrumen und etwas Wasser leben, eine erlittene Schmach hingegen übersteht niemand unverletzt. Von einer Exklusivmacht der Wirtschaft kann also keine Rede sein, wohl aber von der Gefahr einer – eventuell sogar wachsenden – Übermacht.

Luhmanns Behauptung widerspricht auch das oben genannte Argument: Da der Vorwurf, der Wirtschaft mangle es an Ethik, Gerechtigkeit und Moral, weil in ihr doch der mitleidlose Kapitalismus geldgieriger Unternehmer herrsche, da diese Kritik an einem menschenverachtenden Kapitalismus vielfache Zustimmung findet, stellen Ethik und Moral ihre Macht deutlich genug unter Beweis.

Eine thematisch umfassende Wirtschaftsethik befaßt sich freilich nicht nur mit den zuständigen Personen, den selbstständigen Unternehmern und den angestellten Wirtschaftsführern sowie deren Unterebenen, den Angestellten und Arbeitern, sondern auch mit der den Rahmen der Wirtschaft, einschließlich der Finanzwirtschaft, festlegenden Institution, dem zwangsbefugten Staat. Daher stelle ich

meine Überlegungen unter einen bewußt provokativen Titel: „Der gierige Staat“.

Man könnte die darin liegende Provokation durch ein Fragezeichen abschwächen wollen. Ich verzichte jedoch darauf, weil der Staat keineswegs stets zugunsten seiner Leitaufgabe, dem Gemeinwohl, tätig ist. Beispielsweise erhebt er eines seiner einschneidendsten Zwangsmittel, die Steuern, in zu vielen Hinsichten für Subventionen der Gegenwart als für Investitionen in die Zukunft. Überdies sucht er immer wieder nach neuen Gründen für eine wachsende Staatsverschuldung. Mit der immer noch wachsenden Steuerlast schafft er, statt die Bürger zu entlasten, zunehmende Belastungen. Aus derartigen Gründen sind meine Überlegungen zu einer gerechten Wirtschaft auch als Appell an den Staat zu verstehen, sich einer strengen Diät zu unterwerfen und sein Eigenwohl, wie man das Steuersystem nennen darf, auf die Leitidee einer gerechten Wirtschaft, das Wohl aller Betroffenen, mithin das Gemeinwohl, zu verpflichten. Und diese Diät darf nicht mit einer neuen Bürokratie samt neuen Stellen im öffentlichen Dienst einhergehen.

Die hier gesammelten Bausteine für eine derartige Wirtschafts-, auch Gesellschaftsordnung gehen auf zahlreiche Vorträge und Essays zurück. Wo es als sinnvoll erschien, sind sie für diese Veröffentlichung überarbeitet, dabei etliche Wiederholungen gestrichen worden. Damit die Texte, 20 an der Zahl, trotzdem jeweils für sich verständlich bleiben, nehmen sie Überschneidungen in Kauf.

Um aktuelle Probleme nicht zu verdrängen, wurden einige Abschnitte erheblich erweitert, außerdem neue Abschnitte eingefügt, so in Kapitel 3 die Frage, wo der Finanzkapitalismus entsteht, und der Gedanke eines Finanzvölkerrechts sowie eine Kritik am globalen Finanzkapitalismus; im Kapitel 5 die Frage, ob die neuere Geoökonomie und Geopolitik der Gerechtigkeit ein neues Aufgabenfeld eröffnet; Kapitel 10 beginnt jetzt mit der Frage, ob eine Meritokratie gerecht ist, und Kapitel 13 mit der Aufforderung, der Jugend eine Chance zu geben.

Otfried Höffe, München zu Jahresbeginn 2026

I. Markt-Rationalität

1. Ist die ökonomische Rationalität vernünftig?⁴

Ein Lob auf die Welt der Ökonomie

Nur bei wenigen Intellektuellen hat die Welt der Ökonomie einen guten Ruf. Dem liegen teils zu enge Vorstellungen, teils offensichtliche Vorurteile zugrunde:

Wer eine körperliche Arbeit „ökonomisch“ ausführt, der arbeitet gekonnt, mit geringstmöglichem Aufwand von Kraft und Bewegungen, so effizient wie möglich und souverän zugleich. Wer einem Meister der Handwerkskunst zuschaut, nimmt nicht bloß eine zielgerichtete Tätigkeit wahr, sondern erlebt auch einen Mehrwert: die Eleganz einer gleitenden Bewegung, bei der „alles sitzt“.

Aus diesem Grund, der Eleganz ihrer fließenden Bewegungen, bewundern wir ostasiatische Verteidigungstechniken. In der Mathematik und den Naturwissenschaften kommt zur Eleganz eine wohlbestimmte Sparsamkeit hinzu. Mathematiker suchen nicht nur stringente, sondern auch möglichst einfache Beweise, Physiker nach dem Vorbild der Newtonschen Axiome entsprechende Naturgesetze, und in der Chemie schätzen wir die im periodischen System der Elemente zutage tretende Sparsamkeit der Natur beziehungsweise ihrer Beschreibung.

Schließlich lieben Philosophen das als Ockhams Rasiermesser bekannte Ökonomieprinzip: Ob Erkenntnis- oder Gegenstandstheorie, ob Moralphilosophie oder politisches Denken – zur Erklärung der entsprechenden Welt benutze man nicht mehr Begriffe, Argumente und Entitäten als unbedingt notwendig. Eine politische Spielart besteht im Subsidiaritätsprinzip: Kleinere Sozialeinheiten dürfen nur so weit entmachtet werden, wie es zur jeweiligen Aufgabe unverzichtbar ist.

4 Der Text ist die überarbeitete Fassung eines am 29. Oktober 2015 im Theologischen Forum Bamberg gehaltenen Vortrages.

1. Ist die ökonomische Rationalität vernünftig?

Die ökonomische Rationalität wiederum ist in einem ersten, hochformalen Verständnis in zwei Hinsichten vernünftig: Sie geht mit der das menschliche Leben beinahe überall drohenden Knappheit, also nicht nur bei Gütern und Waren, sondern auch bei Dienstleistungen, selbst bei der gegenseitigen Wertschätzung sachgerecht um und bietet dafür, als Lebensform für den Umgang mit der Knappheit, den Markt an.

Man kann diese Organisationsform durch drei Strukturmerkmale kennzeichnen: institutionell durch Privateigentum, motivational durch die Maximierung von Gewinn und vom Koordinationsmechanismus durch Angebot und Nachfrage bei freier Preisbildung. Um deren Wert unvoreingenommen einzuschätzen, blicke man als erstes auf die Reichweite. Üblicherweise nimmt man nur einen schmalen Ausschnitt von Gütern und Dienstleistungen und als deren Steuerungsmittel das Geld oder Kapital in den Blick. Zu den Gütern und Dienstleistungen gehören aber ebenso die Dinge, die für Künstler und Wissenschaftler charakteristisch sind, auf der Güterseite Bücher, Kunstwerke und Laborgeräte, auf Seiten der Dienstleistungen Ausstellungen, Konzerte, Experimente, Vorträge und Lesungen sowie Beiträge in Fachzeitschriften und den Medien. Sogar die Kritik am Markt hat ihren Markt, weshalb sie, sofern sie prinzipiell auftritt, in einen pragmatischen Widerspruch gerät: Sie lehnt ab, was sie im Ableben selber in Anspruch nimmt.

Daß das Geld, wie häufig behauptet, den Markt steuert, wird beim Markt im eben skizzierten weiteren Verständnis, dem künstlerischen und wissenschaftlichen Markt und dem Markt des Kritisierens, generell: dem intellektuellen Markt, nicht außer Kraft gesetzt: Bücher beispielsweise sollen gekauft werden, der Autor wünscht sich ein Honorar und der Verleger einen finanziellen Gewinn. Ein anderes Steuerungsmittel, das oft sogar im Vordergrund steht und noch knapper als das Geld zu sein pflegt, kommt hinzu: die Reputation. Ohne Frage erfüllt sie auch das zweite Strukturmerkmal, die Gewinnmaximierung. Die Reputation soll nämlich gesteigert und zum Ruhm maximiert werden. Ebenfalls knapp ist das Medium, mit dem ein weiterer Bereich, der politische Markt, gesteuert wird: der Komplex von Macht, Einfluß und Wählergunst.

Der Markt ist also eine viel weiter reichende, dabei auch weit bedeutsamere Ordnungskraft, als man in der Regel annimmt. Trotzdem kann man so lebenswichtige Dinge wie Treue, Vertrauen und

Freundschaft weder mit Geld kaufen noch dem Prinzip der Gewinnsteigerung unterwerfen. Offensichtlich existiert für sie kein Markt und doch sind sie für ein lebenswertes Leben unverzichtbar. Wahre Nächstenliebe dürfte ebenso wie Selbstachtung selten sein, unter Knappheit leiden sie aber nicht. Wer sich achtet, braucht die Selbstachtung anderer nicht zu schmälern. Und wer gegen seine Mitmenschen wohlwollend und wohl­tätig ist, hindert niemanden, ebenso zu agieren; er bietet ihnen vielmehr ein nachahmenswertes Vorbild.

Über dem Lob der ökonomischen Rationalität darf man ihre Grenzen nicht vergessen, gewiß. Grenzen des ökonomischen Denkens sind der Philosophie aber seit ihren „Kirchenvätern“ Sokrates, Platon und Aristoteles vertraut. Auf Michael Sandels pathetisches Plädoyer für „moralische Grenzen von Märkten“ brauchte sie jedenfalls nicht zu warten; daß das Buch trotzdem zahllose Leser erhält, sei dem Autor vergönnt, sollte ihn aber auch daran erinnern, daß mit dem großen Markt, den die Marktkritik findet, sich gute Geschäfte machen lassen: Marktkritik verkauft sich gut.⁵ Ohnehin sollte der europäische Sandel-Leser nicht übersehen, daß vielleicht in den USA, aber kaum in den sozialstaatlichen Demokratien unseres Kontinents von entfesselten Märkten und einem triumphierenden Kapitalismus die Rede sein kann. Die Devise eines alten britischen Adelsgeschlechts „aut neca aut necari“ („töten oder getötet werden“) klingt gut, trifft aber die hierzulande herrschende Wirklichkeit nicht.

Schließlich sollte man über der berechtigten Kritik an mancher Marktrealität nicht die Grundvorteile verdrängen: Der dort herrschende Wettbewerb stachelt zu Kreativität, Wagemut und Anstrengung an, zu Eigenverantwortung, Leistungswillen, bedarfsgerechtem Angebot und wirksamer Verteilung. Und für die marktgerechte Berufsfähigkeit braucht es Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, was das die persönliche Zufriedenheit ermöglichende Humanvermögen steigert.

Ein weiterer Gesichtspunkt der ökonomischen Rationalität verdient den Rang des Vernünftigen: Eine vom Markt zustande gebrachte Effizienz des Wirtschaftens hilft zu jenen Steuereinnahmen, mit deren Hilfe Politiker und Wissenschaftler alimentiert und Kul-

5 Michael Sandel, *What Money Can't Buy. The Moral Limits of Markets*, Farrar: New York 2012; dt. *Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes*, S. Fischer: Berlin 2012.).

1. Ist die ökonomische Rationalität vernünftig?

turschaffende teils mit öffentlichen, teils mit privaten Geldern honoriert werden.

Vier bedenkliche Entwicklungen

Über dem Lob auf die Vernunft von Sparsamkeit, Eleganz und sachgerechtem Umgang mit der Knappheit darf man freilich bedenkliche Entwicklungen nicht unterschlagen. Nach dem biblischen Wort „an den Früchten werdet ihr sie erkennen“ prüfen wir für vier Lebensbereiche, ob das dort mittlerweile vorherrschende Gewicht der ökonomischen Rationalität vernünftig ist: Geschieht, was allein vernünftig wäre – kommt die dort mehr und mehr zunehmende Ökonomisierung dem Leitzweck des jeweiligen Lebensbereiches zugute?

Eine erste Ökonomisierung besteht im Vordringen ökonomischer, dabei mehr betriebs- als volkswirtschaftlicher Absolventen in die Führungsebene jener Unternehmen, in denen traditionell unternehmensspezifische Fachleute wie Chemiker, Pharmazeuten und Ingenieure die Hauptverantwortung hatten. Ähnliches trifft auf die Universitätsräte zu. Obwohl die Hochschulen zu den kompliziertesten und am wenigsten homogenen Institutionen gehören, glaubt man, nicht nur der eine oder andere, sondern etliche Wirtschaftsvertreter würden den Hochschulen zur Blüte verhelfen.

Eine weitere Ökonomisierung zeigt sich im zunehmenden Gebrauch der ökonomischen Ausdrücke und Redewendungen. Mit ihnen macht sich eine von Emotionen entleerte Sprache breit, die zusätzlich die Besonderheiten der unterschiedlichen Gruppen verdrängt. Hinzukommt ihr allzu oft schlechtes Deutsch, das sich der fremdsprachigen, insbesondere anglophonen Herkunft verdankt. Dazu gehören „es rechnet sich nicht“ und „social profit“. Und in Krankenhäusern, Arbeitsämtern und Verkehrsunternehmen wie der Bahn wird, statt sachspezifisch von Patienten, Arbeitslosen und Fahrgästen einheitlich von Kunden gesprochen.

Noch einschneidender ist eine dritte Ökonomisierung: die Zunahme der BWL-Mentalität, die zum einen komplexe Aufgaben fragmentiert, etwa für Krankenhäuser die Fallpauschalen gebietet, zum anderen ein „Diktat des Rotstifts“ zur Folge hat.

Nicht zuletzt werden „soziale Aufgaben“ wie die Betreuung von Arbeitslosen, Behinderten oder Flüchtlingen wie ein Gewerk für den